

Aktuelles aus dem ZBV

Zürcher Bauernverband ■ Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf ■ 044 2177733 ■ www.zbv.ch



Vorstellungsreihe von eidgenössischen Initiativen, welche für die Landwirtschaft relevant sind

«Für sauberes Trinkwasser und gesunde Nahrung – Keine Subventionen für den Pestizid- und den prophylaktischen Antibiotika-Einsatz»

Der Bundesrat hat sich an seiner Sitzung vom 15. Juni gegen die Trinkwasser-Initiative entschieden. Sie hätte weitreichende, schädliche Folgen für die Schweizer Landwirtschaft und Ernährungssicherheit.

Wie vor der Sommerpause im «Zürcher Bauer» angekündigt fahren wir fort mit der Vorstellung eines Begehren, welches die Landwirtschaft stark betreffen kann. Wie in den vergangenen Ausgaben präsentieren wir kurz das Begehren und lassen die Befürworter wie auch die Gegner zu Wort kommen.

Die Initiative

Die Initiative wurde vom Verein «Sauberes Wasser für alle» mit der Unterschriftensammlung im März 2017 lanciert. Mehr als acht Monate vor Ablauf der Sammelfrist wurde diese am 18. Januar 2018 der Bundeskanzlei überreicht. Mit Beschluss vom 28. Februar wurde diese mit 113979 Unterschriften für gültig erklärt.

Um was geht es?

Die Initiative verlangt, dass nur noch diejenigen Landwirtschaftsbetriebe mit Direktzahlungen unterstützt werden, die keine Pestizide einsetzen, die in ihrer Tierhaltung ohne prophylaktischen Antibiotikaeinsatz auskommen und die

nur so viele Tiere halten, wie sie ohne Futtermittelimporte ernähren können. Dadurch sollen Wasser und Nahrungsmittel, die frei von Antibiotika, antibiotikaresistenten Bakterien, Pestiziden, Nitrat und anderen Schadstoffen sind, wieder zum Standard und für die ganze Bevölkerung erschwinglich werden.

Das Volksbegehren will somit den bestehenden Art. 104, in den Abs. 1, 3 und 4 wie folgt ändern (*kursiv*):

1 Der Bund sorgt dafür, dass die Landwirtschaft durch eine nachhaltige und auf den Markt ausgerichtete Produktion einen wesentlichen Beitrag leistet zur:

a. sicheren Versorgung der Bevölkerung mit *gesunden Lebensmitteln und sauberem Trinkwasser*;

3 Er richtet die Massnahmen so aus, dass die Landwirtschaft ihre multifunktionalen Aufgaben erfüllt. Er hat insbesondere folgende Befugnisse und Aufgaben:

a. Er ergänzt das bäuerliche Einkommen durch Direktzahlungen zur Erzielung eines angemessenen Entgelts für die erbrachten Leistungen, unter der Voraussetzung eines ökologischen Leistungsnachweises, *der die Erhaltung der Biodiversität, eine pestizidfreie Produktion und einen Tierbestand, der mit dem auf dem Betrieb produzierten Futter ernährt werden kann, umfasst.*

e. Er kann die landwirtschaftliche Forschung, Beratung und Ausbildung fördern und Investitionshilfen leisten, so-



Voraussichtlich erst im Frühjahr 2020 werden wir über die Trinkwasser-Initiative zu befinden haben. Bilder: www.pixabay.com

fern damit die Landwirtschaft im Hinblick auf die Buchstaben a und g sowie auf Absatz 1 unterstützt wird.

g. Er schliesst Landwirtschaftsbetriebe von Direktzahlungen aus, die Antibiotika in der Tierhaltung prophylaktisch einsetzen oder deren Produktionssystem einen regelmässigen Einsatz von Antibiotika nötig macht.

4 Er setzt dafür zweckgebundene Mittel aus dem Bereich der Landwirtschaft und allgemeine Bundesmittel ein, *überwacht den Vollzug der Vorschriften sowie die erzielten Wirkungen und informiert die Öffentlichkeit regelmässig über die Ergebnisse dieser Überwachung.*

Parolenfassung

Der ZBV hat sich noch nicht dieser Thematik gewidmet und somit noch keine Parole gefasst. Sobald die Parolenfassung erfolgt ist, werden wir Sie natürlich im «Zürcher Bauer» darüber unterrichten.

Gerne stellen wir Ihnen in zwei Wochen an dieser Stelle ein weiteres Begehren vor.

Dann wollen wir uns der eidgenössischen Initiative «Stop der Hochpreisinsel – für faire Preise (Fair-Preis-Initiative)» annehmen.

■ MCA



Nachgefragt bei ...

Zürcher Bauernverband ■ Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf ■ www.zbv.ch

Martin Zuber, Geschäftsführer GVZ

Das Volksbegehren wird voraussichtlich im 1. oder 2. Quartal 2020 zur Abstimmung kommen. Wir haben Martin Zuber, Geschäftsführer Gemüseproduzenten-Vereinigung des Kantons Zürich und benachbarter Gebiete (GVZ), folgende Fragen gestellt:

Die Initiative schadet der Landwirtschaft, auch den Gemüsebauern. Inwiefern stützen Sie diese Aussage?

Weil sie den Nahrungsmittelproduzenten und insbesondere den Gemüseproduzenten völlig verkehrt unterstellt, dass sie die Schuldigen sind an der Verschmutzung des Trinkwassers. Unser Trinkwasser ist nachweislich von sehr hoher Qualität. Hier wird mit Scheinargumenten gefochten, die so nicht stimmen.

Was wären bei einer Annahme des Begehrens die Folgen für die Zürcher Gemüseproduzenten?

Die Initiative verlangt ja, dass nur noch diejenigen Landwirtschaftsbetriebe mit Direktzahlungen oder Subventionen unterstützt werden, die keine Pestizide einsetzen. Die Zürcher Gemüseproduzenten setzen Pflanzenschutzmittel bereits heute sehr wohl verantwortungsvoll ein. Bei Annahme dieser Initiative wäre ein zukunftsorientierter Gemüsebau nicht mehr möglich.



Martin Zuber, Geschäftsführer GVZ. Bild: zVg

Alle wollen sauberes Trinkwasser. Was ist dann an dieser Initiative verkehrt?

Sie blendet völlig aus, dass es viele andere Ursachen gibt, wie Trinkwasser verunreinigt wird, z.B. Arzneimittelrückstände, Strassenabwässer, generell unsere Wohlstandsgesellschaft.

Der Konsument will «perfekt» aussehendes Gemüse. Ist dies ohne Pflanzenschutzmittel nicht möglich?

Da besteht in der Tat ein Widerspruch. Makelloses Gemüse, wie es der Konsument wünscht, braucht nun einmal Pflanzenschutzmassnahmen. Bereits jetzt werden, auch aus betriebs-

wirtschaftlichen Überlegungen, die Pflanzenschutzmittel bedarfsgerecht eingesetzt.

Wie erklären Sie sich die in der Vergangenheit doch vermehrt aufgetretenen Initiativen, welche die Landwirtschaft betreffen?

In unserem Land glauben viele, sie seien Landwirtschaftsexperten und meinen, das Beste zu wollen. Lassen wir doch die Entscheidung bei denen, die dazu ausgebildet wurden, nämlich bei unseren Gemüsegärtnern, die täglich beweisen, dass sie im Umgang mit der Ressource Wasser viel Verantwortungsbewusstsein an den Tag legen. ■

Unser wichtigstes Lebensmittel ist Wasser

Die naturnahe Trinkwassergewinnung, welche heute Standard ist und den Trinkwasserversorgern ermöglicht, 70 Prozent des Schweizer Trinkwassers ohne aufwändige Aufbereitung zu gewinnen, ist durch die Schadstoffemissionen der Landwirtschaft akut bedroht. Trotz den Milliarden an Steuergeldern, die der Staat der Landwirtschaft seit 20 Jahren für gemeinwirtschaftliche Leistungen, insbesondere Umweltleistungen, zur Verfügung stellt, verfehlt die Landwirtschaft alle ihre Umweltziele. Die Fehlentwicklungen sollen nicht mehr subventioniert werden. Die Initiative will drei für das Wasser zentrale Dinge ändern: Den alltäglich gewordenen Pestizideinsatz, die masslosen Futtermittelimporte und den gefährlichen vorbeugenden Antibiotikaeinsatz. Subventionen sollen nur noch in Betriebe fließen, die in diesen drei Bereichen konsequent nachhaltig produzieren. Dass eine trinkwasser-taugliche Landwirtschaft möglich ist, beweisen bereits heute Tausende von nachhaltig wirtschaftenden Höfen. Sie weisen die Zukunft.

■ www.Initiative-für-sauberes-Trinkwasser.ch
Franziska Herren, Oleeleweg 8, 4537 Wiedlisbach, Natel 079 829 09 19



Franziska Herren. Bild: zVg

Trinkwasser-Initiative verfehlt das Ziel

Die eingereichte Volksinitiative «Für sauberes Trinkwasser und gesunde Nahrung» verfehlt klar das Ziel. Die geforderten Massnahmen würden eine einheimische Obstproduktion sehr stark einschränken und Importe fördern. Der Schweizer Obstverband lehnt die Initiative ab.

Gesunde und sichere Lebensmittel zu produzieren, das liegt im Interesse jedes Landwirtes. In der Schweiz ist das Trinkwasser so sicher, wie sonst kaum irgendwo in der Welt. Es bestehen umfangreiche Überwachungs- und Kontrollmechanismen, welche dies sicherstellen. Der Schweizer Obstverband setzt auf den Aktionsplan Pflanzenschutzmittel, mit dem sich der Bund zu weiteren Massnahmen verpflichtet, um sichere Lebensmittel und eine intakte Umwelt auch für die Zukunft zu gewährleisten. Die Initiative verunmöglicht eine erfolgreiche Landwirtschaft in der Schweiz. Das wäre nicht vereinbar mit der Ernährungssicherheit, welche die Bundesverfassung fordert. Die Schweizer Obstbranche setzt sich mit voller Kraft dafür ein, dass heute und in Zukunft in der Schweiz gesundes Obst produziert werden kann. Rücksicht auf die Umwelt, eine hohe Qualität der Produkte und die Bedürfnisse der Konsumentinnen und Konsumenten haben dabei höchste Priorität.

■ Bruno Jud, Vorstandspräsident des Schweizer Obstverband



Bruno Jud. Bild: zVg